

Tagung „Auf dem Weg des gerechten Friedens“ Kirche und Gesellschaft 100 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkrieges

Evangelischen Akademie Bad Boll - 22.11. bis 24.11.2018

24.11.2018

„Beiträge zum Frieden – aktuelle Herausforderungen und Handlungsräume für das Land Baden-Württemberg“

Rede Brigitte Lösch MdL

Sehr geehrter Herr Landesbischof July,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zur Ihrer Tagung – ich freue mich, dass ich als Vorsitzende des Bildungsausschusses und als Synodale zum Thema **„Beiträge zum Frieden – aktuelle Herausforderungen und Handlungsräume für das Land Baden-Württemberg“** reden darf.

Lassen Sie mich zu Beginn noch kurz in die Vergangenheit blicken – zu ihrem übergeordneten Tagungsthema – dem Ende des 1. Weltkriegs.

Vor fast genau **100 Jahren endete dieser Erste Weltkrieg**. In diesem verheerenden Krieg von 1914 bis 1918 starben fast neun Millionen Soldaten und mehr als sechs Millionen Zivilisten.

Dieser Erste Weltkrieg veränderte das Leben der Menschen, Gesellschaften und Staaten in Europa. Damals endete eine Weltordnung, in der vorrangig die europäischen Staaten den Ton angaben.

Mit den USA und Japan traten neue weltpolitische Akteure auf den Plan - und mit den Habsburgern und dem Osmanischen Reich gingen ganze Imperien unter. Sie hinterließen alte Krisenherde und schufen neue – die uns heute immer noch bekannt sind - auf dem Balkan, im Nahen und Mittleren Osten, im Kaukasus.

Und es fand der erste Genozid – ein Völkermord statt: mit der Vertreibung und Vernichtung der Armenier wurde Deportation und Massenmord ein Mittel der Kriegsführung. Es war ein Schnitt, das Ende der „Welt von gestern“ – der Anfang des turbulenten und gewalttätigen 20. Jahrhundert.

Was aber geht uns noch der 1. Weltkrieg an – zumal bei uns in Deutschland die Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg von den späteren Schrecken der Nazi-Diktatur, dem Holocaust und dem verheerenden Zweiten Weltkrieg überlagert sind.

Der Erste Weltkrieg ist bei uns oft der „Vorgänger“ des 2. Weltkriegs.

Was beide zwei Weltkriege aber ganz klar und erschreckend aufzeigen, ist wohin unser Kontinent treibt, wenn wir Nicht-Zusammenleben-Wollen oder an ein Nicht-Zusammenleben-Können glauben.

„Stell Dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin.“

Dieses Zitat von Bertolt Brecht aus den 80er Jahren kennen wohl die meisten. Mit diesem Spruch bin ich groß geworden – mit dem NATO-Doppelbeschluss und einem spürbar Kalte Krieg – mit der Friedensbewegung mit ihren Demos von über 500.000 Menschen und den vielen Friedensmärschen an allen Orten.

Wie wir gerade in der letzten Zeit immer wieder deutlich spüren und erleben, ist dieser Friede ist nicht selbstverständlich und nicht statisch. Er muss immer wieder neu erarbeitet werden.

Wir leben hier in Deutschland und in Europa seit sieben Jahrzehnten in Frieden – und daraus erwächst unsere Verantwortung!

Dieser Frieden ist das Ergebnis des Vereinten Europa.

Ein riesiger historischer Fortschritt. Und ein riesiges historisches Verdienst.

Europa wurde gegründet, um den Nationalismus zu überwinden. Und die Methode dazu war und ist die der Integration.

Aber noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht wie heute – 70 Millionen Menschen - und täglich ertrinken sie im Mittelmeer und sterben auf der Flucht. Das ist ein Armutszeugnis für uns, für Europa und die ganz westliche Welt.

Souveränität im 21. Jahrhundert -

Das ist heute wichtiger als je zuvor. Denn die Welt sortiert sich gerade neu.

Schauen Sie sich an, was gerade um uns herum passiert: In welche Richtung sich die Vereinigten Staaten entwickeln. China. Russland. Die Ukraine. Die Türkei. Oder Nordafrika. Wenn wir da nicht zusammenstehen und eine gemeinsame Antwort entwickeln, dann kommen unsere Interessen schlicht nicht mehr vor.

Zu glauben, dass die Rückbesinnung auf den Nationalstaat die richtige Antwort auf unsere Probleme ist, ist eine Illusion.

Wir müssen uns noch einmal klarmachen:

Die Welt im Jahr 2050, das sind 10 Milliarden Menschen. Wir Deutsche sind 80 Millionen. Die Briten sind 65 Millionen. Und die Franzosen 67 Millionen. Jeder für sich alleine genommen macht nicht einmal mehr 1 Prozent der Weltbevölkerung aus. Man wird uns bald nur noch in Promille messen können.

Da ist es doch vollkommen naiv zu glauben, dass man in einer solchen Welt seine Interessen noch im nationalen Alleingang vertreten kann. Wer das versucht, der wird scheitern.

Deshalb ist meine zweite Antwort: Wir Europäer können im 21. Jahrhundert nur gemeinsam souverän sein, und nicht alleine.

Kerneuropa

Die Voraussetzung dafür ist allerdings, dass wir koordiniert und auf der Basis gemeinsamer Werte handeln.

Wer von Ihnen ein wenig verfolgt, was derzeit in Ländern wie Polen oder Ungarn passiert, dem müssen da sehr ernsthafte Zweifel kommen.

Dort werden Institutionen geschliffen, die zum Kernbestand unserer Werte gehören: die Unabhängigkeit der Gerichte und die Freiheit der Presse. Dabei nennt Herr Orban allen Ernstes das Russland Putins und die Türkei Erdogans als Vorbilder für sein Land.

Angesichts solcher Vorstellungen wird es uns natürlich schwerfallen, gemeinsam etwas zu Stande zu bringen.

Nur als Wertegemeinschaft hat Europa im 21. Jahrhundert eine Chance.

Und auch aus einem zweiten Grund ist es nicht einfach, gemeinsam zu handeln:

Wenn wir gemeinsam vorankommen wollen, müssen alle 27 Mitgliedsstaaten zustimmen. Da gibt es dann natürlich immer einen, der sein Veto einlegt.

Das führt zu der Lähmung, die wir derzeit haben. Die wir uns aber nicht leisten können.

Dabei halte ich es gar nicht für problematisch, dass manche Länder vor zusätzlichen Schritten zurückschrecken. Sie dürfen nur nicht die anderen daran hindern.

Deshalb brauchen wir eine Gruppe von Staaten, die vorangeht.

Früher haben wir gesagt, wir brauchen ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“.

Doch das passt inzwischen nicht mehr richtig, weil es in der Wertefrage nicht um unterschiedliche Geschwindigkeiten, sondern um unterschiedliche Wege geht.

Vielleicht trifft es „Kerneuropa“ am besten, wenn man dabei nicht an die geographische Lage denkt, sondern an die Werte und den Willen der Staaten, gemeinsam mit anderen die nächsten Schritte zu gehen.

Europa als Bürgerprojekt

Sehr geehrte Damen und Herren, es reicht heute nicht mehr aus, dass sich ein paar Politikerinnen und Politiker zusammensetzen und etwas beschließen. Und dann vielleicht im Nachhinein die Bürgerinnen und Bürger fragen.

Dann sagen Sie NEIN, weil Sie etwas Fertiges vorgesetzt bekommen. Oder Sie sagen NEIN, weil Sie ihrer Regierung aus völlig anderen Gründen gerade mal einen Denktzettel verpassen wollen.

Deshalb muss Europa zu einem Projekt werden, bei dem die Bürgerinnen und Bürger von Anfang in die Veränderungsprozesse eingebunden werden. Zu einem Bürgerprojekt.

Und dabei brauchen wir gar nicht auf Berlin zu warten.

Pulse of Europe hat damit schon vor zwei Jahren begonnen, ein positives Leitbild für die Erneuerung Europas zu entwickeln.

Eine tolle Initiative, in der sich viele gerade der jungen Leute engagieren, auch hier bei Ihnen in der Stadt.

Und auch das Land hat mit der Arbeit begonnen: Im letzten Jahr haben wir in Stuttgart den Startschuss gegeben. In diesem Jahr laden wir alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes dazu ein, in Bürgerforen überall im Land miteinander darüber zu sprechen: Wie soll unser Europa aussehen?

Wir werden offen diskutieren und keine Show veranstalten. Allerdings, und das sage ich ebenso klar:

Es soll dabei um die Erneuerung des vereinten Europa gehen. Und nicht um seine Abschaffung. So steht es in der Landesverfassung. Und so steht es in unserem Grundgesetz.

Am Ende machen wir dann daraus ein gemeinsames europäisches Leitbild, das wir in die europäische Diskussion einbringen.

Aber noch mal ein **Schritt zurück – der Blick auf Deutschland und Baden-Württemberg.**

Deutschland ist – wie vorher ausgeführt - dazu verpflichtet, lautstark für Europa und den hier herrschenden Frieden einzustehen.

Und wo ist das Thema bei uns verankert:

im Grundgesetz mit der Unantastbarkeit der Würde des Menschen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“!

und der Verankerung der **Kriegsdienstverweigerung** als Grundrecht im Grundgesetz – hier was übrigens Deutschland das erste Land der Welt!

Und dann haben wir seit 20 Jahren „**Out of Area**“-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem das Parlament über jeden bewaffneten Auslandseinsatz der Bundeswehr entscheidet - anders als in den allermeisten Ländern der Welt.

Und wo sind wir hier in **Baden-Württemberg** eigentlich „auf dem Weg des gerechten Friedens“? Wie tragen wir konkret dazu bei, den Frieden zu bewahren?

Im Herbst 2014 wurde eine „**Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen**“ verabschiedet – unterschrieben von insgesamt 17 Organisationen aus Kirchen, Jugendarbeit und Friedensbündnissen und dem Kultusministerium.

Die Erklärung beruht auf einem umfassenden Verständnis einer „Erziehung zur Friedensliebe“, welches der Artikel 12 der Landesverfassung fordert. Die Umsetzung dieser Aufgabe hat für die baden-württembergische Landesregierung eine hohe Priorität. Daraus abgeleitet werden Handlungsfelder der Friedensbildung an Schulen,

die den Bildungsplan sowie die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte betreffen. Daneben sollen die Infrastruktur für Friedenbildung weiterentwickelt und ausgebaut werden. Das Kultusministerium ist – im Dialog mit den Unterzeichnenden dieser Erklärung - für die Entwicklung und Umsetzung der Förderung der Friedensbildung - auch in der außerschulischen Bildung – zuständig.

Aufgrund dieser Erklärung wurde dann auch die **Servicestelle Friedensbildung** Baden-Württemberg am 1. August 2015 eingerichtet - bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) mit Sitz im LpB Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ in Bad Urach.

Die Servicestelle berät und informiert zu allen Themen, die im Zusammenhang mit Friedenbildung stehen – und soll Lehrerinnen und Lehrern unterstützen. Sie bietet dafür gezielte Qualifizierungsmöglichkeiten u. a. für Lehrkräfte und stellt Unterrichtsmaterialien zur Verfügung.

Im aktuellen Doppelhaushalt 2018/19 haben wir die Mittel für die Servicestelle Friedensbildung um jeweils 50.000 Euro auf 200.000 Euro im Jahr erhöht.

Auch die **Kooperation Schule – Bundeswehr** (von 2009) wurde im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung neu geordnet. Im August 2014 wurde zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr eine neue, weiterentwickelte Vereinbarung zur Zusammenarbeit geschlossen. Die Übereinkunft folgt den Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses, wonach gesellschaftlich kontrovers diskutierte Themen auch im Unterricht kontrovers erscheinen müssen. Neben der Kontroversität beinhaltet diese Vereinbarung für den Politikunterricht außerdem das Überwältigungsverbot sowie die Schülerorientierung, wonach die Lehrer*innen die eigene Meinungsbildung der Schüler*innen fördern muss. Dieser stärkeren schulischen Verankerung des Themas Friedensbildung wird auch durch den Bildungsplan 2016 Rechnung getragen.

Das Thema **Rüstung** ist auch in BW nach wie vor aktuell – nur zwei Namen: Heckler & Koch oder das Munitionswerk des Panzerbauers Rheinmetall (Neuenburg Südbaden) – es arbeiten über 20.000 Menschen in der Rüstungsindustrie.

Seit Jahren fordern wir Grüne ein Rüstungsexportkontrollgesetz um einen restriktiven und transparenten Rüstungsexport zu schaffen. Das beinhaltet auch ganz klar, dass Waffen nicht in Konfliktgebiete und Länder in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, geliefert werden.

Ich persönlich stehe bei diesem Thema voll und ganz zur Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten mit 3 Forderungen:

- Beschränkung von Waffenexporten
Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter sollen grundsätzlich nicht exportiert werden, ebenso wenig wie Lizenzen für ihre Produktion.
- Exportverbot von Kleinwaffen zu militärischen Zwecken
- Stärkung von Friedensbildung und ziviler Konfliktbearbeitung

Es wird wieder „aufgerüstet“ und es weht ein kälterer Wind – nicht nur von rechts. Dazu passt auch, dass im Juni dieses Jahres bekannt wurde, dass in Ulm eine von zwei neuen **NATO-Zentralen** eingerichtet werden soll.

Sie sehen überall in der Welt zeigt sich gerade: die Karten werden neu gemischt. Und die autoritäre Versuchung ist wieder da.

Was noch vor kurzem selbstverständlich war, steht heute wieder infrage.

Es geht hier nicht um Baden-Württemberg oder Deutschland – es geht um Europa und mehr.

Angesichts dessen drängt sich die Frage auf: Wie müssen wir Europa vor diesem Hintergrund umgestalten? Und in welchem Europa wollen wir leben?

Ich meine, die Antwort auf die Suche nach einem schützenden Raum ist ein Europa, das Raum für Heimat lässt, ohne dabei dem Separatismus und dem Nationalismus auf den Leim zu gehen.

Die Antwort auf die neuen Größenverhältnisse in der Welt ist ein Europa, das gemeinsam handelt. Weil es Souveränität im 21. Jahrhundert nur noch gemeinsam gibt, und nicht alleine.

Die Antwort auf die Krise der Europäischen Union ist ein Zusammenschluss derjenigen Partnerländer, die dieselben demokratischen Werte teilen und gemeinsam vorangehen wollen. Dann kann Europa endlich auch die großen Herausforderungen anpacken.

Worin die großen Herausforderungen jedoch genau liegen und was die richtige Antwort darauf ist, das ist eine Frage, die sich nicht nur an die Politik, sondern auch an die Bürgerinnen und Bürger richtet. Deshalb muss Europa zu einem Bürger*innen-Projekt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und Europa wünsche ich Ihren Einsatz und Ihr Engagement. Denn darauf kommt an.

Und ich schließe meine Rede mit der Mahnung des Bundespräsidenten Gustav Heinemanns:

„Nicht der Krieg ist der Ernstfall. Der Frieden ist der Ernstfall.“

Vielen Dank!